
2291/J-BR/2005

Eingelangt am 02.02.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der vom Vorarlberger Landtag entsandten Bundesräte (Jürgen Weiss, Edgar Mayer und Ing. Reinhold Einwallner)

an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen

betreffend Verbesserungen bei den Untersuchungen im Rahmen des Mutter-Kind-Passes

In der mit Anfragebeantwortung 1947/A.B.-BR/2003 vom 29. Dezember 2003 dargelegten Stellungnahme zur Forderung des Vorarlberger Landtags, das derzeitige Untersuchungsprogramm im Rahmen des Mutter-Kind-Passes aus aktueller medizinischer Sicht weiter zu entwickeln und anzupassen, wurde auf vielversprechende Untersuchungen hinsichtlich eines Infektionsscreenings zur Senkung der Frühgeburtlichkeit verwiesen. Es wurde in Aussicht gestellt, nach Vorliegen dieser Ergebnisse in publizierter Form die Mutter-Kind-Pass-Kommission mit der Thematik zu befassen. Eine inhaltliche Ausweitung des Untersuchungsprogramms sei allerdings nur möglich, wenn durch den Familienlastenausgleichsfonds und den Hauptverband der Sozialversicherungsträger zusätzliche Mittel bereitgestellt werden können.

Im Hinblick auf die in der Zwischenzeit vorgenommene Neuordnung der Vorsorgeuntersuchung richten die unterzeichneten Bundesräte an die Frau Bundesministerin für Gesundheit und Frauen folgende

Anfrage :

1. Liegen die Untersuchungen über ein Infektionsscreening in der Schwangerschaft zur Senkung der Frühgeburtlichkeit inzwischen vor und wurde die Mutter-Kind-Pass-Kommission damit bereits befasst?
2. Wenn Nein: Wann ist damit zu rechnen?
3. Wenn Ja: Welches Ergebnis hat die Befassung erbracht?
4. Was werden Sie weiter unternehmen, um der Forderung des Vorarlberger Landtags nach Weiterentwicklung des Mutter-Kind-Passes nachzukommen?
5. Sind Sie bereit, auf die Einführung einer zusätzlichen Ultraschalluntersuchung zwischen der 26. und 30. Schwangerschaftswoche hinzuwirken?